

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marina Schuster, Dr. Werner Hoyer,
Jens Ackermann, weiterer abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Drucksache 16/9056 -**

**Die Beziehungen zu Lateinamerika und den Staaten der Karibik stärken
und den EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel zu einer ehrlichen Be-
standsaufnahme nutzen**

A. Problem

Am 16. Mai 2008 fand in der peruanischen Hauptstadt Lima der fünfte EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel statt.

Die Antragsteller stellen fest, dass Lateinamerika und die Karibik sich durch große Heterogenität der einzelnen Länder auszeichnen, geprägt von kultureller Vielfalt, unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Das Superwahljahr 2006 hat zum einen die demokratische Konsolidierung Lateinamerikas weiter vorangebracht, gleichzeitig aber die politische Landkarte stärker polarisiert.

In der Region selbst nehmen die politischen Spannungen zu, diese wiederum erschweren die regionalen Integrationsbemühungen und beeinflussen damit auch das Verhältnis zur Europäischen Union. Die EU, die zu Recht ein Konzept interregionaler Kooperation verfolgt, muss sich auf diese veränderten Rahmenbedingungen dennoch konzeptionell einstellen. Unter Beibehaltung des Ziels interregionaler Kooperation müssen auch subregionale und gegebenenfalls bilaterale Kooperationen stärker in den Vordergrund rücken

Die Antragsteller erkennen spürbar positive Veränderungen in Lateinamerika und der Karibik. Die Nachrichten über die politische Polarisierung Lateinamerikas verdecken, dass der Kontinent insgesamt an Stabilität gewonnen hat. Die Region erlebt mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5 Prozent den stärksten Aufschwung seit vier Jahrzehnten – im Jahr 2007 lag das Wirtschaftswachstum sogar bei 6,2 Prozent. Die Staatshaushalte sind überwiegend ausgeglichen und die Devisenreserven Lateinamerikas haben sich auf 400 Mrd. US-Dollar verdoppelt. Die offizielle Arbeitslosenrate ging auf 8 Prozent zurück. Das Inflationstempo blieb niedrig. Die Verschuldung der Regierungen ging deutlich zurück. Es gelang Lateinamerika zudem erneut, die Belastung durch die Auslandsschulden zu verringern. Die Exporte der Region stiegen um 12 Prozent an und die Importe um 18 Prozent. Der Anteil der armen Menschen an der Gesamtbevölkerung hat sich in den vergangenen fünf Jahren von 44 auf 35 Prozent reduziert.

Trotz guter Wirtschaftszahlen bleiben Massenarmut und die nach wie vor extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen eine permanente Gefahr für den sozialen Frieden und die innere Stabilität der lateinamerikanischen Gesellschaften sowie der Nährboden für Kriminalität, Nepotismus und Populismus. Die Ineffizienz vieler Verwaltungen und die fehlende Transparenz bei der Regierungsführung bieten weiterhin Anlass zur Kritik. Auch die Drogenproblematik gibt weiterhin Anlass zur Sorge.

Ungeachtet der bestehenden Defizite haben sich teilweise beachtliche zivilgesellschaftliche Strukturen entwickelt. Hier sollten auch Deutschland und die EU verstärkt Beiträge leisten, beispielsweise über die Arbeit der politischen Stiftungen und weiterer Akteure wie Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

International hat Lateinamerika wieder an Handlungsspielraum gewonnen. Dabei haben etablierte Partner wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die USA und auch die EU an Einfluss verloren, während Russland, Indien und vor allem China deutlich an Einfluss gewonnen haben. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 hat der Handel zwischen Lateinamerika und China jährlich um durchschnittlich 37 Prozent zugenommen.

Das Fehlen eines gesamtlateinamerikanischen Dialogforums und die Rivalitäten zwischen den großen Staaten verhindern bislang eine stärkere Integration. In den vergangenen Jahren ist der Faktor Energie zu einer wichtigen Machtressource in der lateinamerikanischen Politik geworden. Venezuela, Mexiko, Brasilien, Kolumbien, Argentinien und Ecuador verfügen jeweils über beträchtliche Erdölreserven.

Die Herausforderung besteht darin, in den Rohstoff exportierenden Staaten Lateinamerikas makroökonomische Stabilität und effektive sozialpolitische Maßnahmen zu fördern und einer weiteren sozioökonomischen Fragmentierung entgegenzuwirken. Nach Auffassung der Antragsteller reagieren Deutschland und Europa auf diese neuen Entwicklungen bislang mit Verzögerung. Eine klare Strategie und eine präzise Definition von Zielen und Interessen seien dabei nicht erkennbar. Deutschland und die EU schöpften ihr Potential in Lateinamerika weder politisch noch wirtschaftlich aus.

Die Umsetzung weiterer konkreter Projekte zwischen EU und Lateinamerika wird als vordringlich angesehen. Die EU müsse deshalb ihrerseits – auch angesichts des teils ökonomischen, teils politischen Konkurrenzverhältnisses zu Ländern wie die USA, Russland, China und zukünftig auch Indien – Überlegungen anstellen, inwieweit subregionale oder bilaterale Ansätze verwirklicht werden können.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass es an belastbaren Strukturen für eine gemeinsame Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels mangelt, mit Auswirkungen auch bei der Umsetzung der handelspolitischen Zusammenarbeit. Dass es bis heute nicht gelungen ist, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten abzuschließen, schade dem strategischen europäischen Interesse, sich langfristig den Zugang zum gesamten lateinamerikanischen Markt zu sichern.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- eine Überprüfung hinsichtlich der Umsetzung der 1999 vereinbarten Ziele der strategischen Partnerschaft vorzunehmen und dem Deutschen Bundestag darüber Bericht zu erstatten,
- eine kritische Bewertung ihrer Lateinamerikapolitik seit dem vierten EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel in Wien 2006 vorzunehmen,
- innerhalb der EU auf Kohärenz und abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten in Lateinamerika zu drängen,
- ein ressortübergreifendes Konzept einschließlich nachprüfbarer Zieldefinitionen zur langfristigen Ausgestaltung ihrer Lateinamerikapolitik vorzulegen,
- gemeinsam mit unseren Partnern in der Gemeinschaft der Andenstaaten und MERCOSUR einen zeitnahen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde anzustreben,
- sich gleichzeitig dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten zeitnah zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, gleichzeitig aber auch subregionale und bilaterale Ansätze verfolgt werden,
- darzulegen, welche Rolle Lateinamerika künftig für die Energiediversifizierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union spielen soll,

- die Sicherheitszusammenarbeit mit Lateinamerika im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie weiter auszubauen und die Schaffung einer euro-lateinamerikanischen Sicherheitspartnerschaft anzustreben, die Kooperationen in den Bereichen der nuklearen Nichtverbreitung, der Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus sowie des Drogenhandels in den Mittelpunkt rückt,
- in Kooperation mit den deutschen politischen Stiftungen vor Ort die Förderung demokratischer Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit zum Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu machen und

die kultur- und bildungspolitische Präsenz Deutschlands in Lateinamerika weiter zu stärken und zu fördern und dabei auf eine enge Kooperation zwischen den deutschen Botschaften, Goethe-Instituten, Auslandsschulen, politischen Stiftungen und deutschen Hochschulen hinzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9056 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz	Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg	Niels Annen	Marina Schuster
Vorsitzender	Berichtersteller	Berichtersteller	Berichterstellerin

Wolfgang Gehrcke	Kerstin Müller (Köln)
Berichtersteller	Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Niels Annen, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9056** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 4. Juni 2008

**Dr. Karl-Theodor
Freiherr zu Guttenberg**

Berichterstatter

Niels Annen

Berichterstatter

Marina Schuster

Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke

Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)

Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*